



Dokumentation

Bundesfachtagung 2014

Wie wollen wir zusammenleben?

Das Courage-Netzwerk – Herausforderungen, Handlungsfelder und Methoden

25. Juni bis 27. Juni 2014

Mittwoch, 25. Juni

Eröffnung und Begrüßung

Sanem Kleff, Leiterin der Bundeskoordination, und **Eberhard Seidel**, Geschäftsführer, begrüßten mehr als 200 AktivistInnen: LehrerInnen und SozialpädagogInnen, KoordinatorInnen, außerschulische KooperationspartnerInnen, FördererInnen, die VertreterInnen der Bundeszentrale für politische Bildung, Hanne Wurzel und Cornelius Strobel, die Vorsitzende des Hauptvorstands der GEW, Marlis Tebe, sowie des Landesverbandes der Berliner GEW, Sigrid Baumgardt. Zu Beginn stand ein Rückblick auf die zurückliegenden zwölf Monate auf dem Programm, in denen die Finanzierung der Geschäftsstelle durch die Bundeszentrale für politische Bildung für die kommenden Jahre gesichert wurde, mit einem Themenheft zu Rassismus und einem Handbuch zu Schule & Islam zwei Veröffentlichungen produziert und in Bayern die ersten Regionalkoordinations gegründet wurden, die kleinteiliger als eine Landeskoordination arbeiten – eine Herausforderung, die sich künftig „angesichts von über 1500 Schulen“ öfter stellen dürfte.

Statement

Diskriminierung im Bildungsbereich

Nathalie Schlenzka vom Büro der Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes führte ihr Referat „Diskriminierung im Bildungsbereich“ aus: 2012 fühlte sich mit 23,7 Prozent bald jeder vierte Mensch mit Migrationshintergrund bereits in Schule oder Ausbildung diskriminiert; unter LSBTI-Menschen (Lesben, Schwule Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle) neun von zehn. „Diskriminierung an Schulen ist ein Thema“, so Schlenzka, „und die Folgen sind immens: für Motivation, Selbstwertgefühl, Leistung und damit für Bildungserfolg und Lebenschancen.“ Ihre Beseitigung beginne damit, diskriminierende Maßnahmen – vom Kopftuchverbot für Schülerinnen bis zum fehlenden Nachteilsausgleich für Schüler mit Behinderungen oder Sprachproblemen – ebenso zu erkennen wie Zuschreibungen an ethnische oder soziale Herkunft (das Klischee von dem fleißigen vietnamesischen Mädchen und dem machohaften türkischen Jungen zum Beispiel) oder fehlende Diversität im Lehrerzimmer. Auch sei Diskriminierung an der Schule von der Uno wie von Schulgesetzen verboten – ihre Meldung aber nicht überall beliebt. Schlenzka forderte die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen und mehr Empowerment von SchülerInnen. Und: „Schulen ohne Rassismus zeigen eindrucksvoll, wie Diskriminierung begegnet und ein starkes Netzwerk geschaffen werden kann“.

Vortrag

Gelingensbedingungen erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Handelns

Prof. Dr. Roland Roth, Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal, folgte mit einem Referat über „Gelingensbedingungen erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Handelns“. Aktive Bürgerschaft entwickle sich durch Selbstwirksamkeit. Was banal klinge, sei längst nicht Alltag: So hätten lediglich 14 Prozent der SchülerInnen das Gefühl, in der Schule etwas zu sagen zu haben; in der Kommune noch weniger. Momente gemeinsamen Handelns seien ebenso die Ausnahme wie die Übernahme von Verantwortung für eine Einrichtung! Dass es *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* gelungen sei, Schülern Verantwortung zuzutrauen und Transparenz für Normverstöße herzustellen, sei ein Verdienst. Roth appellierte, für eine Anerkennungskultur für Engagierte zu sorgen, nicht nur durch den Schulleiter, sondern auch durch kommunale Verantwortliche wie Bürgermeister. Er rief auf, von Schulen zu *Städten ohne Rassismus* zu kommen (die ersten gibt es bereits, die Red.) und so die Erfahrungen von Selbstwirksamkeit auszuweiten. Und er machte die Herausforderung eines Spagats

deutlich: „Sie brauchen Professionalisierung und Geschäftsführung – und ein Netzwerk, das Bewegungscharakter hat! Um eine Initiative von SchülerInnen zu bleiben, brauchen Sie immer auch Distanz.“

Workshop-Phase I: 15:45 bis 17:45

Herausforderungen - Gesellschaftliche Realitäten 2014

Am ersten Tag ging es in sieben parallelen Workshops um die gesellschaftlichen Herausforderungen und Realitäten, denen sich das Courage-Netzwerk bei seinem Engagement gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit heute stellen muss.

Im Workshop „**Rechtspopulisten und Rechtsextreme – Eine Herausforderung für Europa**“ informierte der Hamburger Journalist **Andreas Speit** über Ursachen und Hintergründe des Erfolgs rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien in Europa. Die Bereitschaft der Rechtsaußen-Parteien zur Kooperation untereinander sei gegenüber der Vergangenheit gestiegen. Gemeinsam seien diesen Parteien die vier ‚Neins‘ – „EU, Migranten, Pluralität und der Islam“ - die Zustimmung in der breiten Bevölkerung finden. Die Themen der Rechten kämen direkt aus der Mitte unserer Gesellschaft, betonte Speit. Ein Beispiel sei die jüngste Volksabstimmung gegen Einwanderung in der Schweiz.

Auch müsse man „Modernisierungen“ zur Kenntnis nehmen. Rechtsextreme Gruppen wie der Front National aus Frankreich oder UKIP aus Großbritannien argumentieren nicht mit dem biologischen Rassismus und grenzten sich so von klassischen Neonazis ab. Der Begriff Rasse wird bei diesen Parteien durch den Begriff Ethnokultur bzw. Ethnopluralismus ersetzt, was im Ergebnis bedeutet: Andere (Ethno)kulturen werden akzeptiert, aber bitte nicht in Frankreich oder Großbritannien sondern in ihren Herkunftsländern. Auch die „Identitäre Bewegung“, ursprünglich in Frankreich gegründet, bezieht sich auf den Ethnopluralismus. In Deutschland hat sich die „Identitäre Bewegung“ im Oktober 2012 als Facebook-Gruppe gegründet. Sie hat vor allem Jugendliche zur Zielgruppe hat und agiert europaweit im Internet.

Im Workshop „**Nicht alles wird besser – Die Rückkehr der No-Go-Areas**“ sprachen **Danilo Ziemer** vom Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen und **Michael Natke** vom Kulturbüro Sachsen e. V., über das Comeback von „Freien Kameradschaftsszenen“ in Sachsen. Diesen gelinge es, wenn auch nur für begrenzte Zeit, Angsträume zu schaffen, in denen der Rechtsstaat praktisch nicht existiert. Ein Video des Fackelzugs am 30. April 2013, der Walpurgisnacht, in Bautzen veranschaulicht das Problem: Maskierte Männer laufen

unangekündigt mit Fackeln durch die Innenstadt und skandieren rassistische und gewaltverherrlichende Parolen. Das Verbot solcher Aktionen sei schwer zu bewerkstelligen, da sie als Flashmob-Aktionen gar nicht oder mit geringem zeitlichen Vorlauf angekündigt werden und nur wenige Minuten dauern. Zudem fehlen der Polizei in den neuen Bundesländern meist die entsprechenden Ressourcen für Prävention und Abwehr. Gefilmt und ins Netz gestellt erreichen solche Aktionen allerdings eine breite Zielgruppe.

Um Nazis im Netz ging es auch im **Workshop „Medienhype oder bittere Realität? Nazis in den sozialen Netzwerken“**. Hier wurde deutlich, dass hinter Themen wie „Tier & Umweltschutz“ oder „Sexuellem Missbrauch von Kindern“ rechte Akteure stecken können. **Simone Rafael** von der Amadeu Antonio Stiftung erläuterte, dass auf Facebookseiten unter dem Deckmantel von „Schwarzem Humor“ oder Meinungsfreiheit rassistische Bilder und Aussagen verbreitet werden - und das nicht nur von Nazis, sondern auch von Unwissenden, die sich der Tragweite ihrer Postings nicht bewusst sind. Welche Auswirkungen fehlendes Problembewusstsein und fehlende Medienkompetenz haben, veranschaulicht ein Shitstorm, der über ein junges Mädchen einbrach. Sie hatte während des Fußballspiels Ghana-Deutschland bei der Fußball-WM in Brasilien eine rassistische Äußerung getwittert, sich aber später dafür entschuldigt - zu spät um den Shitstorm zu vermeiden. Allerdings gebe es im Netz auch positive Beispiele von Solidaritätsaktionen.

Unter dem Titel **„Muslimfeindlichkeit – Wenn Religionskritik zu Rassismus wird“** lotete **Michael Kiefer** von der Uni Osnabrück die Grenzen legitimer Kritik am Islam aus und machte deutlich, wo die Grenze zur Muslimfeindlichkeit überschritten werde: beispielsweise durch sprachliche Bilder (Kameltreiber, Muselmanen), Pauschalisierung oder Alarmismus („Das Kopftuch ist die Flagge der Islamisierung“, „Tsunami der Islamisierung“) oder unzulässige Verallgemeinerungen (Marokkaner klauen Autos). Grundsätzlich sei das Sprechen über Islam wie Islamismus nicht nur erlaubt, sondern nötig, auch an Schulen: „Wenn sich, wie geschehen, 14 ehemalige Hauptschüler aus Dinslaken nach Syrien absetzen, muss das bearbeitet werden.“

In **„Dschihadisten und Salafisten – Die Schule als Rekrutierungsfeld“** stellte **Claudia Dantschke** (Zentrum Demokratische Kultur) das Feld der salafistischen Strömungen vor: von jenen, die um Nachwuchs werben, aber Gewalt ablehnen, bis zu Dschihadisten. Deutlich wurde, wie fließend der Übergang ist – und dass jugendliche Dschihadisten in der Regel diverse Vorstufen durchlaufen. Sie machte auch deutlich, wen Salafisten ansprechen: Jugendliche aller Herkunft und Sozialisationen mit gewisser Labilität und auf der Suche nach einem Wahrheitsanspruch – angelockt durch Versprechungen wie: „Ich habe die einzig richtige Islaminterpretation und komme ins Paradies“. Und sie wies darauf hin, wie präsent –

anders als al-Qaida – die Terrorgruppe Isis in sozialen Medien in Deutschland ist. Und dass der Wille, eine parallele Bildungsstruktur zu schaffen, auch unter Salafisten bestehe.

In „**Rechtsextremismus in der Einwanderergesellschaft**“ stellte **Martina Ortner** (Fachinformationsstelle Rechtsextremismus, München) Erkenntnisse über extrem rechte Gruppen italienischer, kroatischer, ukrainischer und anderer Herkunft vor. Debattiert wurde, welche anderen Gründe als von den Eltern oder einem selbst aus Herkunftsländern mitgebrachte Haltungen es für deren Zulauf gäbe: vor allem die durch das Gefühl von Desintegration hervorgerufene Selbstethnisierung.

In „**Ost- und Westdeutschland – Fremde Schwestern, fremde Brüder?!**“ wurde mit **Birgit Broszeit**, AG In- und Ausländer Sachsen, diskutiert. Hier wurde deutlich, wie viel über alle möglichen Diskriminierungen gesprochen wird und wie wenig über deutsch-deutsche Vorurteile. Nach einem teilweise heftigen Schlagabtausch war man sich einig, dass „unter Deutschen offenbar diskriminiert werden darf“, ohne dass dieses benannt wird. Beklagt wurde, dass es nach wie vor keine einschlägige Debatte gäbe; auch, weil das immer an die eigene Biographie rühre, nämlich, wie der jeweilige Pädagoge (in Ost oder West) die Wende erlebt habe, welche Erwartungen und Enttäuschungen es gab. Es fehle auch im 25. Jahr des Mauerfalls an pädagogischen Formaten.

Abschlussplenum 16:00 bis 18:00

Im ersten Abschlussplenum wurden in kurzen Blitzlichttrunden die Ergebnisse aus den sieben Workshops des Tages zusammengetragen, in denen es um unterschiedliche Ideologien der Ungleichwertigkeit ging. Dabei mussten sich alle WorkshopteilnehmerInnen zuvor an den Leitfragen orientieren, welche Auswirkungen die Umstände auf den Alltag der Schülerschaft haben, wie man die Themen besser angehen kann und allen voran, was für Fragestellungen sich daraus für die Workshops der kommenden zwei Tage ergeben.

Im Workshop zum Thema Rechtsextremismus in Europa kristallisierte sich vor allem heraus, dass die Themen der „radikalen Rechten“ in der Konsequenz zu einem größeren Alltagsrassismus führen. Die Verankerung von rechtem Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft bedeute für uns in der Konsequenz, dass gegen alle Aspekte der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gearbeitet werden müsse.

Die Rückkehr von No-Go-Areas wirft die Frage auf, wie politische Bildung und Empowerment SchülerInnen in der breiten Masse erreichen kann? Gerade in ländlichen

Gebieten würden rechte Gruppierungen noch sehr viele Anreize für Jugendliche bieten, so stelle sich die Frage, wie man eine bessere Öffnung der Schulen erreichen kann? Ob Nazis in sozialen Netzwerken nur ein Medienhype sind, beantworteten die TeilnehmerInnen dieses Workshops mit einem klaren „Nein“. Rechte sind leider im Netz stärker präsent als Demokraten und haben eine größere Reichweite. Die Stärkung der Medienkompetenz und die Sensibilisierung für rechtes Gedankengut im Netz sei notwendig, und auch die Verstärkung des Angebots außerhalb der virtuellen Welt.

In Bezug auf das Thema Muslimfeindlichkeit bedürfe es ebenso einer stärkeren Sensibilisierung, aber auch der Vermeidung von Fremdheitserfahrung und einer stärkeren Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten.

Was den Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft betrifft, so könnte Diversität im Lehrpersonal und die Förderung von Mehrsprachigkeit „Parallelgesellschaften“ unter SchülerInnen vermeiden, in die sich Jugendliche auf der Identitätssuche zurückziehen. Die Versachlichung aktueller Themen wie der Ukraine-Konflikt oder politische Ereignisse in der Türkei könnten zur Aufklärung beitragen, da sich der Geschichtsunterricht derzeit auf Deutschland und Europa eingrenzt.

Zum Thema Dschihadisten und Salafismus ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass genauer hingesehen werden muss, da nicht alle Salafisten gewaltbereit sind. Auf der anderen Seite aber handelt es sich um eine schnell wachsende Jugendkultur, die auch in Schulen wirbt und rekrutiert. Aus diesem Grund gebe es noch einen großen Bedarf an Informationen in Form von Fortbildungs- und Unterrichtsmaterialien. Die Bundeskoordination hat dazu kürzlich das Handbuch „Islam & Schule“ vorgelegt.

Das Thema Ost-West wurde im Vorfeld stark kritisiert, jedoch zeigte der Workshop, dass immer noch viele Vorurteile auf beiden Seiten existieren. In der Schule spielt das Thema so gut wie keine Rolle, dabei geht das Thema durch die ganze Republik. Erste Projekte gebe es aber in Brandenburg. Mit einer spannenden These, die von Sanem Kleff formuliert wurde, schließt das Plenum: Hat Xenophobie in der deutschen Gesellschaft auch eine Ursache in der Verdrängung der Vorteile gegenüber den eigenen Schwestern und Brüdern zu tun, in dem an sich einen gemeinsamen Außenfeind sucht, um sich nicht mit dem „Familienstreit“ auseinandersetzen zu müssen.

Donnerstag, 26. Juni 2014

Statements und Vortrag (9:00 bis 10:30)

Statement

Menschenrechtserziehung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Den zweiten Tag leitete **Emine Demirbüken-Wegner**, Präsidiumsmitglied der CDU und Staatssekretärin für Gesundheit in Berlin, mit einem Statement zu Menschenrechtserziehung ein. Weltweit würden Menschenrechte bis heute negiert, mit Füßen getreten oder schlicht nicht gekannt. Die Institution Schule sei in der Vermittlung von „Wissen, Bewertung und Handlungsbereitschaft“ unverzichtbar; allen drei Strängen würde das „eindrucksvolle Wirken für ein respektvolles und gewaltfreies Miteinander“ von *Schule ohne Rassismus* folgen. Wissen, betonte Demirbüken-Wegner, sei besonders entscheidend, um das breite Spektrum der Diskriminierungen – von Homophobie über Rassismus bis zu Deutschenfeindlichkeit – erkennen und unterscheiden zu können.

Statement

Menschenrechtserziehung – Was kann Schule leisten?

Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der GEW, die *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* seit 2001 unterstützt, konstatierte, Menschenrechte seien in fast allen Schulgesetzen verankert und auch die Kultusministerkonferenz habe sich mehrfach mit Menschenrechten, interkultureller Bildung und zuletzt Inklusion befasst; dennoch sei die heutige Schule exklusiv: „Es gibt Jugendliche, die es schwerer haben zu Bildung und Ausbildung zu kommen als andere.“ Die GEW trete dafür ein, in allen Bereichen für mehr Menschenrechtsbildung auch dadurch zu sorgen, dass pädagogische Mitarbeiter besser qualifiziert und mit mehr Zeit ausgestattet würden. Auch die „Schule für alle“, in der alle gemeinsam lernen, bleibe trotz einiger Rückschläge ein Ziel.

Vortrag

Ideologien der Ungleichwertigkeit in der politischen Bildung

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), führte in „Ideologien der Ungleichwertigkeit und politische Bildung“ ein: „Demokratie ist kein Erbgut“, so Krüger, „sie muss immer wieder erarbeitet werden.“ Zur Verdeutlichung nannte er Beispiele: Wenn „Jude“ immer noch ein Schimpfwort ist und „Schwuler“ als Synonym für Schwäche fungiert oder Zuwanderer aus Bulgarien oder Rumänien mit überlieferten

antiziganistischen Stereotypen beschrieben würden, würden die immer selben jahrhundertealten Bilder reproduziert. Zudem seien Ideologien der Ungleichwertigkeit allerorten präsent; „im Bildungsbürgertum, im Altersheim und auf dem Schulhof.“ Aufgabe politischer Bildung sei, einen Kontrapunkt zu setzen; ein Bemühen, das längst nicht immer erfolglos sei: Die zunehmende Gleichberechtigung der Geschlechter sowie Akzeptanz von sexueller Vielfalt machten Mut. *Schule ohne Rassismus* ermutigte er, die „großartige Arbeit in einem riesigen Netzwerk“ fortzusetzen und weiter der Idee zu folgen, „Ideologien der Ungleichheit einzudämmen und dahin zu kommen, dass Vielfalt ein Bonus und ein hohes Gut ist.“ Dass von der Schule keine Bewegung ausgehen könne, sei ein „kapitaler Irrtum“: „Sie ist eine stationäre Einrichtung der Persönlichkeitsentwicklung. Jugendliche können unmittelbar erreicht werden.“ Dass es 2013 gelungen sei, *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* mehr Planungssicherheit zukommen zu lassen, sei erfreulich: „Sie können sicher sein, dass Sie die Bundeszentrale, so gut es geht, weiter unterstützt.“

Workshop-Phase II: 10:30 bis 12:30

Themen des Courage-Netzwerkes

Am zweiten Tag wurden in den Workshops aktuelle Themen, die das Courage-Netzwerk beschäftigen, bearbeitet:

Besonders großen Zulauf hatte der Workshop **„Flucht & Asyl – Ein Thema im Klassenzimmer und in der Schule“**, in dem **Marko Schmidt**, Jurist und Berater vom Sächsischen Flüchtlingsrat, zunächst einige Zahlen und Fakten präsentierte. Von den 50 Millionen Menschen, die derzeit auf der Flucht sind, suchen lediglich 130.000 Asyl in Deutschland. Für mindestens die Hälfte aller TeilnehmerInnen des Workshops ist Flucht und Asyl ein Thema am Arbeitsplatz und fast alle haben in ihrem Wohnumfeld ein Asylbewerberheim. Erklärt und diskutiert wurde das Dublin-Verfahren, das prüft, welcher Staat für einen Asylsuchenden zuständig ist, sowie die Rolle von Frontex, der europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU. Schmidt betonte, dass die Ressentiments gegen Flüchtlinge oder bestimmte Gruppen wie Sinti und Roma in den letzten zwei Jahren zugenommen haben. Diese Tendenz widerspreche den Studien, die einen Rückgang rechtsextremer und rassistischer Einstellungen ermittelten.

Der Workshop **„Antiziganismus – Herausforderungen für die politische Bildung“** thematisierte den pädagogischen Umgang mit diesem brisanten Thema. Roma sind mehrfach von Diskriminierungsmechanismen betroffen, zum einen aufgrund ihrer Herkunft und zum anderen aufgrund ihrer sozialen Stellung. Selbst in so genannten Qualitätsmedien

wird zum Beispiel Armutseinwanderung mit der Einwanderung von Roma aus EU-Staaten wie Bulgarien und Rumänien gleichgesetzt. Das verstärkt das Stereotyp, Roma seien arbeitsunwillig. Die Arbeit mit Positivbeispielen (quasi als Gegenbeweis des Klischees) sei aber nicht sehr wirksam, denn „Rassismus ist ein geschlossenes Weltbild“, so der Referent **Markus End**. An Schulen empfiehlt der Politikwissenschaftler daher die Aufarbeitung von Stereotypen und Vorurteilsstrukturen im Allgemeinen, ohne den konkreten Bezug auf bestimmte Menschengruppen.

Konkrete Bezüge hingegen versuchte **Veronika Nahm** im Rahmen ihrer Arbeit beim Anne-Frank-Zentrum in Berlin herzustellen. Im Workshop „**Antisemitismus – Biographie, Erinnerungskultur und Migration**“ erläutert sie, dass es wichtig sei, Verbindungen zwischen Orten und Ereignissen herzustellen, andernfalls würde sich Jugendlichen der Sinn und Zweck von Gedenkstätten nicht erschließen, wie zum Beispiel die von Anne Frank, die selbst nie in Berlin gelebt hat. Bezüge, wie die Tatsache, dass sich im 17. Jahrhundert auf der Oranienburgerstraße in Berlin (ehemaliger Standort des Anne-Frank-Zentrums) jüdisches Leben und jüdische Kultur gründete oder dass die beiden besten Freundinnen von Anne Frank aus Berlin stammen, würde zum Beispiel den Zugang für Berliner SchülerInnen das Thema erleichtern.

In „**Homophobie – Akzeptanz sexueller Vielfalt**“ stellte **Stefan Müller** von der Berliner Beratungsstelle Mann-o-Meter einen mehrstufigen Coming-Out-Prozess und den mit ihm verbundenen „Minderheiten-Stress“ vor. In dem Workshop war viel Platz für Reflexion eigener Erfahrungen: Wie geht es mir als Pädagogen, wenn mich ein schwuler Mann anflirtet? Wie steht man seinem eigenen Outing gegenüber? Ist es leichter, das Thema Homophobie anhand von Texten abzuarbeiten, als in der großen Runde, die immer auch an die eigene Identität geht?

In **Muslimfeindlichkeit – Wie anfällig ist die politische Mitte?** legte der Islamwissenschaftler **Michael Kiefer** zunächst dar, was eine notwendige und vernünftige Islamkritik ist, die sich auf real existierende Probleme bezieht. Zum Beispiel die Auseinandersetzung mit der islamischen Revolution im Iran 1979, dem Erstarken der Taliban in Afghanistan in den 90er Jahren und dem Dschihadismus und die neosalafistische Mobilisierung der Jetztzeit. In einem zweiten Schritt entwickelte Kiefer den Prozess wie aus Muslimfeindlichkeit werden kann. Dies geschieht, wenn mit Pauschalisierungen, Beleidigungen, Alarmismus und Simplifizierung gearbeitet wird und Ursachen von Entwicklungen ausgeblendet würden. Wenn in diesen Auseinandersetzungen in eine Identitätspolitik münden, in der von einem „Ihr und Wir“ gesprochen wird, bei dem die religiöse Zugehörigkeit zu den entscheidenden Kriterien der Zugehörigkeit wird, dann ist es

nur noch ein kurzer Schritt zur Islamisierung von ganzen kollektiven und damit zur Muslimfeindlichkeit.

Unter dem Titel „**Islamismus – Anziehungskraft für Jugendliche und Präventionsstrategien**“ stellte der Kölner Journalist **Ahmet Senyurt** die Bandbreite islamischer Vereine in Deutschland vor – von der mit dem türkischen Religionsministerium verbundenen DITIB über die nationalistischen Grauen Wölfe bis zu islamistischen Gruppen, die etwa ein Prozent deutscher MuslimInnen ansprechen. Eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei dringend geboten. Senyurt führte die Debatte vom Vortag, warum radikale Gruppen für manche so attraktiv sind, fort. „Anders als die Imame der DITIB sprechen sie die Sprache der Jugendlichen.“ Sie verfügten über „mehrheitlich im Westen sozialisierte und in ihrer Propaganda hochmoderne politische Kader“ – denen zu leicht das Feld überlassen werde: „Ich kenne Quartiere, da machen Salafisten mehr Jugendarbeit als Kommunen.“ Sie müssten auch gar nicht vor Ort sein: „Wenn ein Jugendlicher in Deutschland Probleme mit der Polizei hat, twittert er nach Syrien und bekommt Antwort.“ Senyurt mahnte zudem, die Integrationsdebatte zu entkonfessionalisieren: „Wir brauchen gut ausgebildete Sozialpädagogen – mit muslimischem Hintergrund oder ohne.“

Stark persönlich wurde die Debatte über „**Aktuelle Erscheinungsformen von Rassismus und wirksame Präventionsstrategien**“ geführt. Nach einer Darstellung des Rommelspacherschen Modells rassistischer Diskursanalyse wurden Stereotype beschrieben, wie sie auch in den Schulalltag Einzug halten können – wenn es beispielsweise heißt, Südländer könnten kochen, folglich könnten sie gut bei Festen mitmachen; ob sie sich aber an demokratischer Schulentwicklung beteiligen könnten, sei doch fraglich. **Zehranur Aksu** von der Jugendbildungsstätte in Unterfranken und **Stefan Lutz-Simon** (Landeskoordinator Bayern) stellten heraus, dass jeder – ob positiv oder negativ – von Rassismus betroffen sei; Gedanken machten sich meist nur die negativ Betroffenen. Die Frage sei nicht „Bin ich rassistisch?“, sondern „Wann und wo bin ich rassistisch?“

Workshop-Phase III: 13:45 bis 15:45

Pädagogische Methoden des Courage-Netzwerkes

Am Nachmittag des 26. Juni 2014 standen in den Workshops pädagogische Methoden im Mittelpunkt, mit denen sich das Courage-Netzwerk in der Praxis mit den Themen auseinandersetzt. Zur Diskussion stand: Welche Methoden haben sich bei der

Auseinandersetzung mit den Themenfeldern des Courage-Netzwerkes bisher bewährt und wo kann man ergänzende Arbeitsmethoden erschließen?

Im Workshop „**Film in der pädagogischen Arbeit – Produzieren und rezipieren**“ erklärte **Martin Ganguly**, dass niemand ein Filmemacher sein muss, um Filme erfolgreich analysieren zu können. Auch würden sich entgegen unserer Vorurteile SchülerInnen nicht nur von Action, Special-Effects und flachen Inhalten unterhalten lassen, so Ganguly. Am Beispiel von je zweiminütigen Ausschnitten aus der Originalverfilmung des Literaturklassikers Oliver Twist und des Filmremake wurde in der Gruppe die Wirkung von Kameraeinstellungen, die Rolle der Filmfarbe und anderen filmischen Stilmitteln diskutiert. Da sich mit der Methode Film nahezu alle Themen erarbeiten lassen, eignet sich diese Methode besonders bei der Arbeit mit Jugendlichen.

Eine Herausforderung hingegen ist das Thema Islamismus. Dr. Jochen Müller von ufuq.de erklärt im Workshop „**Dialog statt Sanktionen - Umgang mit Islamismus an der Schule**“, dass Dialog ein Prozess ist, der aus vielen kleinen Gesprächen bestehen kann. Müller legte Wert auf die Feststellung, dass Dialog nicht unbedingt eine Methode sei, sondern eher eine Haltung. Wichtig sei, dass zunächst PädagogInnen die Schülerperspektive verstehen. Zum Beispiel, dass viele das Bedürfnis haben, die Tradition und Sprache ihrer Eltern zu bewahren, was natürlich noch kein Problem darstellt und nichts mit Islamismus, Parallelgesellschaft oder Integrationsunwilligkeit zu tun hat. Auch müssten LehrerInnen, so Müller, ihre SchülerInnen nicht beim Verfassungsschutz denunzieren, nur weil sie möglicherweise die eine oder andere problematische Position in einer Diskussion äußern. Man müsse in der Schule eben auch Raum für Gespräche und Austausch zulassen, was für viele PädagogInnen allerdings ein Problem darstellt, da Zusatzqualifikationen und Engagement oft von der privaten Zeit der PädagogInnen abhängig sind. Ein flammendes Plädoyer hält ein Lehrer aus Nordrhein-Westfalen und appelliert an seine KollegInnen, sich an ihren Bildungsauftrag zu erinnern, der über die Vermittlung von Fachwissen hinausreicht.

Fernab von verbalen Methoden widmeten sich **Wolfgang Brust und Sevgi Kahraman-Brust** im Workshop „**Mach doch (k)ein Theater**“ dem Darstellenden Spiel als Methode. Die ReferentInnen stellten verschiedene Methoden wie das „Biographisches Theater“ vor, in dem die ProtagonistInnen eigene Lebenserfahrungen und die ihrer Familien einbringen können. Insgesamt stoßen Theatermethoden bei Jugendlichen auf viel Interesse. So haben SchülerInnen der Schwerte-Gesamtschule ein Bühnenstück konzipiert und vorgeführt, in dem anhand von kurzen Szenen Symbole von Rechtsextremen erklärt wurden.

Unter dem Titel **„Courage im Netz – Neue Medien im Kampf gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit“** stellte **Lucia Bruns** von der Amadeu Antonio Stiftung das NoNaziNet vor. Sie rief dazu auf, auch im vermeintlich anonymen Internet couragierter aufzutreten und nichts unkommentiert zu lassen, auch dort Gegenwehr zu organisieren und nicht nur auf Facebook, sondern auch im echten Leben Menschen anzusprechen, die, absichtlich oder versehentlich, Nazi-Seiten liken. Nur so könne man die Tendenz, dass sich rechte Neigungen im Netz enthemmter Bahn brächen als außerhalb, brechen.

In **„Beats für die Vielfalt – Musik als Ausdrucksmittel“** erklärte **Kutlu Yurtseven**, Rapper der Kölner Microphone Mafia, die Hip-Hop-Kultur: Wo kommt der Beat und das Scratching her, woher die Reimform? Yurtseven, der selbst Rap-Workshops an Schulen durchführt, empfahl Rap für „jeden Unterricht, der mit Sprache zu tun hat“ als gute Einstiegsmethode für die Arbeit mit Texten: „Er schafft einen neuen und interessanteren Zugang zur Sprache.“ Die Arbeit mit Musik und Tanz böte zudem – und zwar vor allem Mädchen – eine Chance zur Steigerung des Selbstwertgefühls. Auch empfahl er Texte nichtkrimineller, nicht frauenverachtender Rap-Gruppen zur Bearbeitung im Unterricht (Advanced Chemistry, Blumentopf) und gab Tipps, wie auch gewalttätige Rap-Texte thematisiert werden können. Jemandem wie dem als Gangsta-Rapper gescheiterten Deso Dogg, der heute in Syrien kämpft, empfahl er nicht zu viel Bedeutung beizumessen: „Das ist den Jugendlichen zu krass. Die wollen nicht in den Krieg.“

Unter dem Titel **„Visualisierung im Raum – Ausstellungen gestalten“** führte **Gabi Rohmann** vom Berliner Archiv der Jugendkulturen in das gleichnamige Thema ein. Das Archiv macht selbst Ausstellungen: von „Fanzines – Do it yourself“ über „Holocaust im Comic“ bis zu „50 Jahre Bravo“. Erstere, so Rohmann, eigneten sich auch zur Umsetzung an der Schule; darin könnten sich Jugendliche mithilfe eigener Texte, Bilder oder Collagen authentisch mitteilen. Unter dem Motto „Der z/weite Blick“ wurde ein Weg vorgestellt, Diskriminierungen in Jugendkulturen zu bearbeiten. Darin wurden Mitglieder der Szenen gebeten, Zeichnungen zu Ideologien der Ungleichwertigkeit zu erstellen – von Antiziganismus bis zu Homophobie. Rohmann attestierte auch, dass viele der Ausstellungen für Schulen zu teuer seien; möglich sei aber, Kooperationspartner vom Präventionsrat bis zu den Landeszentralen für politische Bildung zu bemühen.

Über **„Biographisches Lernen im Courage-Netzwerk“** sprach **Lorenz Hippe** vom Bundesverband Theaterpädagogik e. V. Mithilfe eigener oder anderer Lebensgeschichten ließen sich Diskriminierungen so thematisieren, dass Grenzziehungen zwischen „Wir“ und „Die“ aufgelöst würden – wenn Jugendliche beispielsweise verstünden, dass sie neben vielen Unterschieden auch viel Gemeinsames haben. Als Methoden, so Hippe, eigne sich

„Biographisches Schreiben“ ebenso wie „Biographisches Theater“. Er stellte verschiedene Module vor und schickte die Gruppe auch in den Praxistest: Unter dem Motto „Entscheidungen treffen“ setzten sie sich allein oder in Gruppen zusammen und verfassten kleine Texte, die sie anschließend präsentierten.

Abschlussplenum Donnerstag: 16:00 bis 18:00 Uhr

Nach 14 spannenden Workshops am Donnerstag, den 26. Juni, wurden im Abschlussplenum des zweiten Tags in Flüsterrunden Impressionen und Eindrücke aus den Workshops ausgetauscht, die später zusammengetragen werden sollten. Hierzu bildeten die TeilnehmerInnen mit ihren SitznachbarInnen jeweils zu ihrer linken und rechten kleinere und größere Gesprächstrauben.

„Jeder kann ein Rassist sein“ hieß es in der einer Runde, in der man sich zunächst über das Thema Alltagsrassismus austauschte, der einem aufgrund individueller Biografien überall begegnen kann. Bei der Zusammensetzung der WorkshopteilnehmerInnen sei auch aufgefallen, dass nicht alle mit dem Stadt-Land Problem in Berührung kämen. In der Großstadt würde mit anderen Ansätzen gearbeitet werden, als in ländlichen Regionen. „Berliner, die Rassismusbildung machen, kann ich nicht einkaufen“, so ein Pädagoge aus dem Raum NRW.

Einstimmig begeistert waren hingegen alle TeilnehmerInnen des Workshops „Beats für die Vielfalt“. Musik sei eine gute Methode, schwierige und sensible Themen wie Molln, Solingen oder auch die NS-Geschichte nicht immer nur anhand von Texten zu behandeln, sowie insgesamt kunstpädagogische Ansätze, die während der Tagung zum Mitmachen aufgefordert haben. Aber auch die Vorträge hätten Denkprozesse angeregt, gerade zum Thema Islamismus.

Die Heterogenität der Bedürfnisse macht es erforderlich, dass bei jedem Thema und jeder Zielgruppe entsprechende Methoden zum Einsatz kommen müssen. Ideal sei aber, wenn Kinder selbst aktiv werden, da sie dann beginnen würden, selbständig über Problemstellungen zu reflektieren. Das gilt auch für GrundschülerInnen. „Jedes Thema rund um Menschenrechte kann in jedem Alter bearbeitet werden“, hieß es ferner im Plenum. Auch für Themen wie Antisemitismus und Mobbing gebe es Möglichkeiten. „Während der NS-Zeit sind Kinder aus Schulklassen und Kindergärten verschwunden, das haben die Kinder damals doch mitbekommen“, so eine Wortmeldung. Altersgerechte Methoden müssen entwickelt werden, auch sei es notwendig, den Unterricht auch mal raus aus den

Schulklassen hinein in die Verbände zu verlegen. Die Frage wie 5-Jährige Ungerechtigkeit empfinden, finden alle sehr spannend.

Ein anderes spannendes Thema war „Flucht und Asyl“. In der Woche der Bundesfachtagung eskalierte in Berlin der Konflikt zwischen dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und streikenden Flüchtlingen, die im Stadtteil Kreuzberg die Gerhart-Hauptmann-Schule besetzt hatten und unter anderem für Aufenthaltsrecht protestierten. In der Schule müsse das Thema weg von der breiten Masse hin zum Individuum thematisiert werden, meinen viele PädagogInnen. Zahlen wie 100.000 oder 150.000 Flüchtlinge seien nicht greifbar. Entscheidend sei die Darstellung von Individuen und ihren Schicksalen. „Empowerment durch biographische Arbeit“ lautet ein Vorschlag. Den Erfolg dieser Methode zeige zum Beispiel die Arbeiten mit der Biografie von Anne Frank.

Freitag, 27. Juni 2014

Statement und Vortrag (09:00 bis 10:30)

Statement

Denk ich an Deutschland – 25 Jahre nach dem Mauerfall

Dr. Karamba Diaby, SPD-Politiker und MdB aus Sachsen-Anhalt, eröffnete mit den Worten „Das ist für mich ein Heimspiel“ den Tagungstag und ließ in seinem Statement „Denke ich an Deutschland – 25 Jahre nach dem Fall der Mauer“ die Zeit seit der Wende Revue passieren. Dieser „Zeit der Neugier, Umbrüche und Euphorie“ folgten Jahre, die Mölln, Solingen und Hoyersverda brachten. Ereignisse, die „sich in unser aller Gedächtnisse einbrannten“, so Diaby weiter. Diaby wies darauf hin, dass auch heute noch der Begriff Rassismus und auch die Diskussionen um diesen Begriff in der Gesellschaft tabuisiert seien. Aktuell setzt sich Diaby für die Streichung dieses Begriffes aus dem Grundgesetz ein und stößt dabei mit seinem Engagement nicht selten auf Widerstand. „Doch wie können wir überzeugend sagen, dass es keine Rassen gibt und haben den Begriff gleichzeitig im Grundgesetz stehen?“ Trotz Kritik an gesellschaftlichen Zuständen appelliert der Politiker mit einer positiven Botschaft an die ZuhörerInnen, stets auch selbst aktiv zu werden: „Gleichwertigkeit und gutes Miteinander fallen uns nicht ohne weiteres in den Schoß.“ Von der Abschaffung des Optionsmodells im Staatsangehörigkeitsrecht spricht er als Etappensieg. Auch wenn es für viele zu spät sei, so würden 470.000 Jugendliche davon profitieren. „Deutschland erkennt endlich seine Kinder an und das Glas ist nicht halb leer sondern halb voll“, so Diaby. Anlehnend an die Zeilen aus dem Gedicht von Heinrich Heine verabschiedete er sich mit den Worten: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, hat mich nicht um den Schlaf gebracht.“

Vortrag

Diversity und Schule – Chancen und Herausforderungen

Claudia Schanz vom Kultusministerium in Niedersachsen sprach in ihrem Vortrag über Diversity im weitesten Sinne. Bei den Herausforderungen eines diversen Schulprogramms betonte sie besonders den Aspekt der Bildungsgerechtigkeit und der Öffnung des Systems zur Förderung von Multilingualität. Dabei sei bei der Gestaltung von Reformen vor allem wichtig, dass die Eltern mit ins Boot geholt werden, „ohne ihnen die Verantwortung zu übertragen“, so Schanz. Auch appelliert sie an den Bildungsauftrag der Lehrer, der ihrer Meinung nach über die fachliche Qualifizierung hinaus geht und verlangt „für höhere Bildungsgerechtigkeit, die entsprechenden Strategien gegen institutionelle Diskriminierung“. Doch um die entsprechenden bildungspolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen, sei vor allem eins notwendig: „Sich die SchülerInnen, die vor uns sitzen, auch näher anzuschauen.“

Workshop-Phase IV: (10:30 bis 12:30)

Weiterentwicklung des Netzwerkes

Am Freitag, den 27. Juni, beschäftigten sich die Workshops mit der Frage, wie das Courage-Netzwerk organisatorisch weiterentwickelt werden kann.

Der Referent **Samy Charchira** von Aktion Gemeinwesen und Beratung betonte im Workshop „**Öffnung von Schule in die Kommune**“ dass die Strukturen von bisher bekannter Jugendhilfe heute nicht mehr existieren, da sie nicht mehr funktioniert hätten. „Jugendliche sind nicht mehr wie früher in Jugendzentren anzutreffen“, so Charchira. Es sei entscheidend, die Angebote der freien Kinder- und Schulhilfe direkt an die Schulen zu bringen, wo man Jugendliche noch am ehesten erreicht. Ein Stichwort hierbei ist der Begriff „Community School“. Schule dürfe kein geschlossener Raum bleiben, sondern müsse seine Angebote über die Wissensvermittlung hinaus erweitern. „Der Bildungsauftrag umfasst auch die Vermittlung von Werten und Normen und auch das Angebot von Freizeitaktivitäten.“ Für die erfolgreiche Umsetzung dieses Konzepts müsse die Schule außerschulische Kooperationspartner heranziehen, die zum Beispiel Aufgaben wie Berufsberatung übernehmen. In der Folge könne das die Qualität des Bildungsangebotes steigern, die Lehrerschaft entlasten und damit den Unterricht insgesamt dynamischer machen, was für alle Beteiligten einen Gewinn darstellen würde.

Zu Beginn des Workshop „**Kommunizieren im Courage-Netzwerk und in der Öffentlichkeit**“ machte der Referent **Eberhard Seidel**, Geschäftsführer von *Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage* auf die Dimension der Herausforderung aufmerksam: Ein bundesweites Netzwerk, dem derzeit über 1.500 Schulen, die von über 1.000.000 Schülerinnen und Schülern besucht werden, die wiederum von tausenden von LehrerInnen und PädagogInnen bei ihren Aktivitäten begleitet werden, Hunderte von außerschulischen Kooperationspartnern und Dutzende von Landes- und Regionalkoordinatoren und rund 2.000 Patinnen und Paten angehören, muss untereinander kommunizieren, um gemeinsame Anliegen zu formulieren, passende Handlungsansätze für die Menschenrechtsbildung zu entwickeln und eine gemeinsame Netzwerkidentität (Corporate Identity) herauszubilden. Jeder dieser Zielgruppen bedürfe einer spezifischen Ansprache, was nicht leicht ist, da die verschiedenen Akteursgruppen nach Alter, sozialem Status und regionaler Herkunft sehr verschieden sind.

In der Diskussion meinten die TeilnehmerInnen, dass einheitliche Plakat- und Posteraktionen die Identifikation mit dem Projekt verstärken würden. Positive Rückmeldungen gab es bezüglich der Q-Rage und dem Angebot der Materialien wie der Themenhefte und Handbücher. Auch begrüßen die MultiplatorInnen den geplanten vierteljährlichen Newsletter und regen an, weniger über das Kleinklein der Projektarbeit als vielmehr über politische Diskurse zu informieren.

Über fachliche und inhaltliche „**Qualifizierung – Fort- und Weiterbildung der Akteure des Courage-Netzwerkes**“ informierte im gleichnamigen Workshop **Manfred Dieckenbrock** vom DGB-Bildungswerk. „Wir müssen die Schulen für eine Gesellschaft der Vielfalt fit machen“, meint Dieckenbrock, denn „hybride Identitäten gehören längst zum Alltag“. Die Qualifizierung des Lehrpersonals in den Bildungseinrichtungen könne aber nur schrittweise erfolgen. In dieser Hinsicht seien Angebote der migrationspädagogischen Öffnung ein guter Einstieg, aber Themen wie Gesundheit eignen sich auch, um das Personal für neue Themen zu öffnen. Ziel ist es, mit der Zeit demokratiepädagogische Arbeit aus dem Unterricht heraus zu leisten. Geeignet seien dabei Seminarformate, die ganz- oder halbtags am Arbeitsplatz wahrgenommen werden können. Entscheidend sei in jedem Fall eine gute Vernetzung.

Unter dem Titel „**Langfristige Verankerung des SOR-Ansatzes in der Schule**“ stellte **Cornelia Habisch** von der Landeskoordination Sachsen-Anhalt vor, wie Nachhaltigkeit erreicht werden kann. Zentral sei vor allem zu Beginn gewesen, *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* in ein Landesprogramm für Demokratie einzubinden und umfassend, nicht nur durch Vertreter der Zivilgesellschaft sondern auch durch staatliche Vertreter (Kultusministerium), um Teilnahme zu werben. Entscheidend in einem Flächenland sei auch das Engagement starker Kooperationspartner in den Regionen; lohnenswert sei die

Kontaktaufnahme mit Bundesmodellprojekten gewesen. Als nächster Schritt soll mit Arbeitgeberverbänden, Kammern und Gewerkschaften Kontakt aufgenommen werden. Außerdem biete die Landeskoordination umfangreich Material und Unterstützung an: vom Jahreskalender über ein Begrüßungspäcken für neue SchülerInnen und Handreichungen („Wie geht es nach der Titelverleihung weiter?“) bis zu Zeitzeugenreisen (u .a. mit Shoah-Überlebenden), Schulprojekttagen, Theaterprojekten (u. a. zu Diversity) und Lehrerfortbildung (u. a. zu Rechtsextremismus). Die Schulen treffen sich bei Landes- und Regionaltreffen („Aber da brauchen wir mehr Regionalkoordinatoren. Dass Schulen sich untereinander organisieren, ist selten.“). In der Debatte wurde deutlich, wie zentral die Herausforderung ist, nicht nur eine SOR zu gründen, sondern dauerhaft zu etablieren – und wie groß der inhaltliche wie finanzielle Unterstützungsbedarf ist.

Wie man Zusammenarbeit organisieren kann, stellte **Andrea Rauch** von der Landeskoordination Brandenburg in „**Koordinieren und Kooperation – Aufbau nachhaltiger Netzwerkstrukturen**“ vor: „Gutes Networking funktioniert wie Billard“, so Rauch – und damit über „Bande“, also über indirekte Kontakte. Von Seiten der Kooperationspartner wurde deutlich, dass es auch in Schulen zuweilen an festen und über Kapazitäten verfügenden Ansprechpartnern mangelt.

In „**Diversity und Bildung**“ schickte **Claudia Schanz** die Teilnehmer mit biographischen Kärtchen (Eltern und Schüler verschiedener Herkunft und Bildung, Lehrer, Schulleitung, Sozialarbeiter, Reinigungspersonal etc.), zum Rollenspiel vor die Tür. Das Ziel: zu erspüren und debattieren, wer sich im System Schule wie fühlt. Deutlich wurde binnen kürzester Zeit, wie unterschiedlich das subjektive Gefühl der Integration ist: Wer die Sprache nicht sprach, nicht angesprochen wurde und/oder ohnehin unterprivilegiert in der Gesellschaft ist (Asylbewerber, Sinti) erlebte sofort Gefühle von Exklusion und klinkte sich in Folge aus. Schanz: „Die entscheidende Frage ist: Wer kann was tun, um die Dominanzverhältnisse an Schulen zu verändern?“

Abschlussplenum Freitag (12:45 bis 13:30)

Nach drei langen Tagen geriet die Schlussrunde kurz: Anschließend an das Rollenspiel von Claudia Schanz wurde noch einmal erörtert, wie das Leitbild Diversity im Schulalltag Alltag werden könnte; durch die Verankerung im Schulprogramm z. B., in das auch die SOR-Selbstverpflichtung gehören könnte: „Wenn an meiner Schule Gewalt und Diskriminierung stattfinden, gucke ich nicht weg.“ . An die Schulen wurde appelliert, sich mit den Kooperationspartnern um Fortbildungsformate zu kümmern, die In-House umgesetzt werden

könnten, da der Qualifizierungsbedarf enorm sei, der Zeitmangel unter PädagogInnen aber auch.

Sanem Kleff erinnerte daran, dass eine „Schule mit dem Schild noch nicht durch ist mit der Arbeit“. In der Schule sei nicht zuletzt die Ausbildung der „Next Generation“ in Sachen *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* eine permanente Aufgabe. Hingewiesen wurde zudem darauf, dass der Erhalt des Netzwerkcharakters konstitutiv ist – dazu gehörten echte Begegnungen ebenso wie virtuelle: in Form regelmäßiger Rundbriefe.

Die Bundeskoordination sicherte zu, weiterhin mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit an Zusammenhalt und Vernetzung zu arbeiten. So wird die Netzwerkzeitung Q-Rage nach einjähriger Pause im Schuljahr 2014/2015 wieder in Kooperation mit dem Bundespresseamt und der GEW erstellt und im Mai 2015 in einer Auflage von 500.000 Exemplaren erscheinen. Im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung wird das Engagement auf Facebook und der Homepage intensiviert und ab Herbst 2014 ein bundesweiter Rundbrief erstellt. Im Winter 2014/2015 werden die Handbücher Sekundarstufe und Grundstufe in Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten des Bundes mit völlig neuem Inhalt und Aufmachung erscheinen.

Autorinnen: Jeannette Goddar und Canset Icpinar